

# Amtliche Statistik: Anforderungen und Erwartungen der Zentralbanken

Rede von Gouverneur Dr. Klaus Liebscher anlässlich des Tages der Amtlichen Statistik am 20. September 2005

Klaus Liebscher

Anlässlich des Tages der Amtlichen Statistik 2005 mit dem Generalthema „Unabhängigkeit, Integrität und Verantwortlichkeit der Amtlichen Statistik – Anforderungen und Wirklichkeit“ referierte OeNB-Gouverneur und EZB-Ratsmitglied Dr. Klaus Liebscher in Wien über die Anforderungen und Erwartungen der Zentralbanken an die Amtliche Statistik. Dabei betonte er: „Wirtschaftspolitik ohne verlässliche Daten ist undenkbar, ja sogar unverantwortlich, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.“

Gerne habe ich die Einladung für einen Beitrag aus Sicht der OeNB beim Tag der Amtlichen Statistik 2005 angenommen. Das diesjährige Generalthema „Unabhängigkeit, Integrität und Verantwortlichkeit der Amtlichen Statistik – Anforderungen und Wirklichkeit“ ist ein sehr aktuelles. Ich möchte der Statistik Austria dazu gratulieren, dieses Thema gewählt zu haben.

Ohne verlässliche amtliche Statistiken wäre Politik nicht möglich. Das trifft auch auf die Geldpolitik und die anderen Aufgaben der Zentralbanken zu. Zentralbanken müssen sich darauf verlassen können, dass die amtlichen Daten, die sie als Basis für ihre Entscheidungen verwenden, von hoher Qualität sind. Daher ist auch eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und den statistischen Ämtern, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, unerlässlich. Diese Zusammenarbeit funktioniert – so kann ich aus Sicht der OeNB berichten – in Österreich sehr gut und ich bedanke mich für diese gute und enge Kooperation.

Die Oesterreichische Nationalbank ist aber auch aus einem anderen Grund am Thema dieser Tagung sehr interessiert. Das Bundesstatistikgesetz 2000 hat ja bekanntlich einen Statistikrat eingesetzt, der unter anderem die Beachtung der Objektivität und der Unparteilichkeit sowie die Anwendung international anerkannter wissenschaftlicher Grundsätze und Standards durch Statistik Austria zu beur-

teilen hat. Die OeNB hat das Recht und nimmt es auch gerne wahr, ein Mitglied in dieses Gremium zu entsenden.

Schließlich ist die OeNB selbst ein sehr wichtiger Produzent von Statistiken und muss sich daher auch den Fragen der Unabhängigkeit, Integrität und Verantwortlichkeit stellen.

Wirtschaftspolitik ohne verlässliche Daten ist undenkbar, ja sogar unverantwortlich, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Vor drei Jahren hatte ich in diesem Zusammenhang bei Ihrer damaligen Tagung von „einer Fahrt in dichtem Nebel ohne Nebelscheinwerfer“ gesprochen. Das sehe ich auch heute noch genauso.

Verantwortliche Politik muss auf verlässlichen Informationen aufbauen. Diese Daten dienen aber nicht nur als Entscheidungsgrundlage, sondern auch dazu, um die getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar und die Auswirkungen transparent zu machen. Dazu braucht man wissenschaftlich fundierte Konzepte und darauf aufbauende, qualitativ hoch stehende Daten.

Das gilt auch für die Politikbereiche, die in die Zuständigkeit der Zentralbanken fallen, nämlich die Sicherung der Geldwertstabilität, die Sicherung der Finanzmarktstabilität und die Sicherung eines effizienten Zahlungsverkehrs. Notenbanken gehören daher zu den sehr anspruchsvollen Nutzern amtlicher Statistiken, mit sehr weitgehenden Anforderungen und hohen Erwartungen. Das sind keine exklusiven oder „privaten“

Wünsche der Notenbanken, sondern Anforderungen, damit die Zentralbanken in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Die Zentralbanken agieren daher nicht im Eigeninteresse, sondern stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger Europas, des Euroraums oder des jeweiligen Landes.

In welchem internationalen Umfeld erfüllen Zentralbanken zu Beginn des 21. Jahrhunderts ihre Aufgaben? Die Weltwirtschaft ist von einer bisher nie da gewesenen Globalisierung sowohl der Finanzwirtschaft als auch der Realwirtschaft charakterisiert. Daraus leiten sich große Herausforderungen insbesondere im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzmarktstabilität ab. Finanzkrisen können sich durch die Vernetzung der Märkte und die Möglichkeiten der Telekommunikation innerhalb von Augenblicken verbreiten, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen. Die letzte Hälfte der Neunzigerjahre hat uns das sehr drastisch vor Augen geführt, ob in Südamerika, in Asien oder auch in Russland. Finanzkrisen, insbesondere wenn sie grenzüberschreitend sind, können sehr hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

Eine der Erkenntnisse der erwähnten Krisen war daher, dass man über viele Länder keine ausreichenden Daten hatte. Der so genannte Special Data Dissemination Standard (SDDS) des Internationalen Währungsfonds war daher eine der Reaktionen, um hier weltweit Abhilfe zu schaffen. Dabei geht es darum, dass Länder, die sich am internationalen Finanznetzwerk beteiligen wollen, ein Mindestmaß an amtlichen Statistiken regelmäßig zur Verfügung stellen müssen. Auch der Aspekt der Qualität dieser Daten erhält seither vermehrte Aufmerksamkeit. Österreich gehört

zu den Ländern, die diese Verpflichtung sofort auf sich genommen haben.

In enger Kooperation mit Statistik Austria und anderen Datenproduzenten betreut die OeNB dieses wichtige Informationsangebot Österreichs.

Die Finanzkrisen der Neunzigerjahre haben aber auch gezeigt, dass selbst vorhandene Daten von den Marktteilnehmern nicht immer die Aufmerksamkeit erfahren, die ihnen gebührt. Eine weitere Lehre ist daher, dass es nicht nur um die Produktion verlässlicher Statistiken geht, sondern auch um eine entsprechende Verbreitung (Dissemination), und darum, dass vorhandene Informationen von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern auch genutzt werden.

Wichtige internationale Datenquellen, die vor allem von den nationalen statistischen Ämtern und Zentralbanken gespeist werden, werden auch von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), von der OECD oder von der UNCTAD zur Verfügung gestellt. Auch hier gilt es für Österreich – vor allem in Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und OeNB – die internationalen Standards zu erfüllen. Es freut mich immer wieder festzustellen, dass wir dabei in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht haben.

Lassen Sie mich nunmehr zu den europäischen Anforderungen und Erwartungen überleiten. In welchem institutionellen Rahmen agieren die Zentralbanken Europas?

Seit 1999 gibt es die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für über 300 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine gemeinsame – international etablierte – stabile Währung, den Euro und wir haben eine einheitliche und stabilitätsorientierte Geldpolitik. Stabiles Geld

verlangt aber auch nach stabilen Finanzmärkten und Finanzmarktakteuren: Zentralbanken spielen daher eine wichtige Rolle in der Sicherung der Finanzmarktstabilität und des Zahlungsverkehrs. Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik braucht aber auch die Absicherung durch eine solide Fiskalpolitik mit Zielrichtung nachhaltig gesunder öffentlicher Haushalte und schließlich setzt nachhaltiges, inflationsfreies Wachstum effiziente Wirtschaftsstrukturen voraus.

Lassen Sie mich zuerst auf die Geldpolitik und ihre Anforderungen und Erwartungen eingehen. Der Auftrag an die Geldpolitik ist im Vertrag über die Europäische Union klar formuliert: sie hat vorrangig die Geldwertstabilität sicherzustellen. In den ersten sechseinhalb Jahren der WWU ist das gelungen. Ein Teil dieses Erfolges liegt in der verlässlichen statistischen Informationsbasis, die – in Zusammenarbeit zwischen nationalen Zentralbanken, den nationalen statistischen Ämtern, der EZB und Eurostat – rechtzeitig vor Beginn der WWU geschaffen wurde und die auch noch laufend weiterentwickelt wird. Schließlich ist die vom Eurosystem gewählte so genannte „Zwei-Säulen-Strategie“ – mit einer monetären Säule und einer wirtschaftsstatistischen Säule – sehr datenintensiv. Wie sagte der erste Präsident des Europäischen Währungsinstituts, Alexandre Lamfalussy, so pointiert: „Nichts ist wichtiger für die Geldpolitik als gute Statistiken.“

Eine zentrale Rolle spielt die Maßzahl für die Preisstabilität, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI). Es ist das Ziel des Eurosystems, die Inflationsrate mittelfristig unter, aber nahe bei 2% zu halten. Ob wir dieses Ziel erreichen, können die Bürgerinnen und Bürger monatlich an

der Entwicklung des HVPI ablesen. Bei der Qualität und Verlässlichkeit des HVPI wurde sehr viel erreicht. Er ist – das kann man aus Zentralbanksicht durchaus sagen – eine europäische Erfolgsgeschichte.

Aus Sicht der Zentralbanken besteht noch die Erwartung, dass eigentümergegenutztes Wohnen, das einen nicht unbeträchtlichen, wenn auch von Land zu Land recht unterschiedlichen Anteil an den Konsumausgaben hat, bald in den HVPI einbezogen wird.

Auch die Frage der bestmöglichen Berücksichtigung von Qualitätsanpassungen steht noch auf der Wunschliste. Ich hoffe, dass sich Eurostat – in Kooperation mit den nationalen statistischen Ämtern – bald diesen Herausforderungen stellen wird.

Eine aus Sicht der Zentralbanken offene Frage ist weiters die Notwendigkeit der parallelen Berechnung von nationalen HVPIs und den nationalen Verbraucherpreisindizes (VPIs). Ich frage mich manchmal, ob wir damit wirklich ein Mehr an Information schaffen, oder ob eher die Gefahr der Verwirrung gegeben ist? Für die Glaubwürdigkeit der einheitlichen Geldpolitik erscheint es jedenfalls wichtig, dass auch im Bewusstsein der Bevölkerung vor allem jener Inflationsindikator präsent ist, den das Eurosystem in seiner geldpolitischen Strategie, bei seinen Entscheidungen und bei seiner Kommunikation verwendet, nämlich der HVPI.

Wie bedeutend für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik die Inflationsrate ist, haben wir nicht zuletzt im Gefolge der Einführung des Euro-Bargelds gesehen. Es kam in den Monaten und Jahren danach zu einem Auseinanderklaffen zwischen gemessener, d. h. „echter“ Inflation und der subjektiv gefühlten Inflation. Während die ge-

gemessene auf einem repräsentativen Korb aller Konsumgüter basiert, ist die gefühlte durch die laufenden Käufe des täglichen Lebens dominiert. Und gerade bei diesen wertmäßig eher kleinen Ausgabepositionen war es – ich sage ausdrücklich, leider – zu überdurchschnittlichen Preissteigerungen gekommen. Inzwischen hat sich die gefühlte Inflation der gemessenen weitgehend angenähert. Aber es bestehen weiterhin in durchaus beachtlichen Teilen der Bevölkerung Zweifel an der tatsächlichen Inflation und Präferenzen für die gefühlte Inflation. Dieses Beispiel zeigt die große Bedeutung der Kommunikation von Statistiken.

Auch die nach besten wissenschaftlichen Kriterien erstellten Daten „sprechen nicht für sich“, das heißt, sie müssen entsprechend kommuniziert und interpretiert werden, damit sie auch richtig verstanden und damit auch geglaubt werden. Darin liegt ein wichtiger Aspekt der „Verantwortlichkeit“ der Amtlichen Statistik wie auch anderer Statistikproduzenten.

Der HVPI misst die gegenwärtige Inflation. Geldpolitik muss aber immer vorausschauend agieren, denn die Transmission geldpolitischer Impulse auf die Wirtschaft und auf die Geldwertstabilität braucht Zeit. Um künftige Bedrohungen der Preisstabilität rechtzeitig zu identifizieren und diesen geldpolitisch gegensteuern zu können, ist die laufende Analyse eines sehr weit reichenden Fächers von „hard facts“, insbesondere realwirtschaftlicher Daten und Finanzmarktdaten, notwendig. Dabei geht es z. B. um die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten, um Preis- und Kostenindikatoren, um Zinssätze und Finanzindizes, um Wechselkurse oder um

die Zahlungsbilanz. Aber auch „soft facts“, wie etwa Vertrauensindikatoren, können nützliche Hinweise auf die künftige Wirtschaftsentwicklung geben.

Der überwiegende Teil dieser wichtigen Informationen stammt auf europäischer Ebene von Eurostat, auf nationaler Ebene von den statistischen Ämtern, ergänzt durch Statistiken, die Zentralbanken selbst erstellen oder durch Marktinformationen.

Das dem EZB-Rat für seine geldpolitischen Entscheidungen inzwischen vorliegende Set an Tabellen und Grafiken ist beeindruckend. Für die Bereitstellung dieser Daten und Informationen möchte ich heute Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern im Namen der Zentralbanken des Eurosystems besonders danken. Gemeinsam haben wir diesbezüglich in den letzten Jahren sehr viel erreicht.

Welche zusätzlichen Anforderungen gibt es aus Sicht der Zentralbanken noch? Grundsätzlich sollen Daten die wirtschaftlichen Gegebenheiten bestmöglich widerspiegeln. Das heißt auch, dass sich Änderungen in den Wirtschaftsstrukturen entsprechend in der Verfügbarkeit von Statistiken widerspiegeln sollen. Heute macht in Europa der Sektor der Dienstleistungen bereits weit mehr als zwei Drittel der Wirtschaft aus, ist aber statistisch weniger gut abgebildet – sowohl was Mengen als auch Preise betrifft – als die anderen Sektoren. So haben beispielsweise das starke Wachstum der Immobilienpreise in manchen Ländern des Euroraums und die sich daraus ergebenden stabilitätspolitischen Herausforderungen den Ruf nach guten, vergleichbaren Daten über diesen Markt verstärkt. Hier gibt es sicherlich noch Nachholbedarf wie auch im Bereich von

verlässlichen Informationen über Import- und Exportpreise.

Das Spannungsfeld zwischen Aktualität und Qualität ist in der Statistik ein „Dauerbrenner“. Schnell verfügbare Daten können nicht die gleiche Qualität aufweisen wie auf sehr umfassenden Erhebungen basierende Informationen. Hier gilt es im Dialog zwischen den Produzenten und den Nutzern festzulegen, wann und wo die Aktualität oder die Qualität von größerer Bedeutung ist.

Es leuchtet ein, dass beides nicht gleichzeitig möglich ist, insbesondere bei beschränkten Ressourcen und möglichst geringer Respondentenbelastung. Damit direkt verbunden stellt sich die Frage großer Datenrevisionen. Häufige und große Revisionen erschweren die geldpolitischen Entscheidungen. Das ist kein Plädoyer für konstante, aber falsche Zahlen, sondern ein Appell, eine koordinierte nationale und europaweite Revisionspolitik zu erarbeiten, die zudem möglichst transparent sein sollte.

Lassen Sie mich nunmehr zur zweiten Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems kommen. Da Inflation auf längere Sicht eine monetäre Alimentation voraussetzt, spielt die Entwicklung der Geldmenge eine bedeutende Rolle. Ihre Entwicklung wie auch die ihrer Komponenten sind wichtige, auf längere Frist vorausschauende Indikatoren für Preisgefahren. Daher hat der EZB-Rat auch einen Referenzwert für das mit dauerhafter Preisstabilität konsistente Geldmengenwachstum festgelegt (4½%). Die monetäre Analyse ist fester Bestandteil der laufenden Beobachtung.

Zu der Monetärstatistik hat das Eurosystem ein sehr ausgefeiltes, harmonisiertes Erhebungssystem entwickelt. Die Sammlung der Daten

liegt in den Händen der nationalen Zentralbanken, die Aggregation zu Euro-Aggregaten bei der EZB. Im ständigen Dialog mit den Nutzern und unter Anwendung eines Kosten-Nutzen-Verfahrens wird die Monetärstatistik schrittweise weiterentwickelt. Die Ergebnisse stehen natürlich auch der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Wie ich schon eingangs erwähnt habe, gehen die Aufgaben der nationalen Zentralbanken im ESZB über die Geldpolitik im engeren Sinn weit hinaus. Das ESZB ist unter anderem gesetzlich dazu verpflichtet, das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern und einen Beitrag zur reibungslosen Durchführung der Aufsicht über Kreditinstitute und zur Sicherung der Stabilität des Finanzsystems zu leisten.

Die Transmission der geldpolitischen Impulse auf die nationalen Volkswirtschaften hängt unter anderem auch von der jeweiligen Ausgestaltung der Finanzmärkte ab. Daher ist das Ausmaß der Integration der europäischen Finanzmärkte von großer Bedeutung. Hat eine gemeinsame Währung auch schon zu einem gemeinsamen Finanzmarkt geführt? Diese Frage kann nur mit der Unterstützung verlässlicher, harmonisierter Daten beantwortet werden.

Hier spielt die Zinssatzstatistik oder aber die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung neben den Banken- und Monetärstatistiken eine wichtige Rolle.

Die statistischen Anforderungen und Erwartungen der Zentralbanken gehen aber über den Kreis der spezifischen Notenbankaufgaben hinaus. Die gemeinsame Geldpolitik agiert in einem wirtschaftspolitischen Umfeld, das sehr stark von der budgetären Lage in den Mitgliedstaaten beein-

flusst ist. Nationale Budgetdefizite müssen über den Kapitalmarkt finanziert werden, was wiederum die Zinsen beeinflusst. Je höher die Verschuldung, umso stärker der Anreiz, nach Zinssenkungen zu rufen bzw. Zinserhöhungen zu kritisieren. Daher ist eine solide Finanzpolitik – neben der stabilitätsorientierten Geldpolitik – unverzichtbar für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Disziplinierung über die Finanzmärkte ist wichtig, erscheint aber im institutionellen europäischen Umfeld nicht ausreichend.

Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit und der Stabilitäts- und Wachstumspakt sind daher keine Schikanen der Europäischen Kommission oder der Zentralbanken, sondern elementare Bestandteile zur Absicherung der stabilitätsorientierten europäischen Geldpolitik. Der Pakt wurde im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre überarbeitet und meines Erachtens dabei geschwächt. Umso wichtiger ist nunmehr aus dem Blickwinkel der Geldpolitik die vollständige und konsistente Implementierung dieser neuen Regeln. Es ist unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union die überarbeiteten Regelungen strikt und konsequent so umsetzen, dass sie einer umsichtigen und nachhaltig gesunden Finanzpolitik dienlich sind. Nicht zuletzt im Interesse künftiger Generationen.

Dabei spielen verlässliche Daten über die Staatseinnahmen und Staatsausgaben und den sich daraus ergebenden Finanzierungsbedarf, wie auch über die Verschuldung der Mitgliedstaaten, eine zentrale Rolle. Das muss ich in diesem Kreis nicht extra betonen. Ohne verlässliche, von Land zu Land vergleichbare und auf einer nachvollziehbaren, harmoni-

sierten Methodologie erstellte Daten können nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Aber auch die Glaubwürdigkeit Europas und der WWU ist ganz eng mit der Verlässlichkeit der gemeldeten Daten verbunden. Daher begrüße ich auch alle Initiativen wie den „Code of Practice“, die dazu beitragen, die Erstellung verlässlicher Daten – und hier insbesondere der Fiskaldaten – zu sichern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die gute Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen (Eurostat und EZB) einerseits und den nationalen (statistische Ämter und Zentralbanken) andererseits im Rahmen des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken, dem so genannten CMFB verweisen. Dieses Gremium, das Eurostat seit 1992 regelmäßig berät, bringt die besten Experten Europas für das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zusammen. Es hat sich sehr bewährt, ein Expertenkomitee zusammenzustellen, das unabhängig von politischem Druck oder sonstiger Einflussnahmen in der Sache und damit für Europa entscheidet und das die für die Validierung der gemeldeten Fiskaldaten zuständige Behörde – nämlich Eurostat – berät.

Durch die Zuständigkeit und Expertise der Notenbanken im Bereich der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung können sie sehr wichtige Inputs liefern. Es ist allen Beteiligten für ihren Einsatz zu danken, den sie leisten, um verlässliche, glaubwürdige Fiskaldaten für Europa und damit die notwendige Transparenz zu sichern.

Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, um das Vertrauen in und die Glaubwürdigkeit von Europa und

den Prozessen der EU zu sichern. Sie sind so gleichsam „Anwälte der Bürgerinnen und Bürger Europas“. Die Ereignisse der letzten Jahre haben sehr drastisch gezeigt, wie wichtig das ist.

Das Potenzialwachstum einer Wirtschaft ist für die Geldpolitik ebenfalls von zentraler Bedeutung. Umso höher das natürliche Wachstum, desto mehr Liquidität muss die Zentralbank zur Verfügung stellen, um eine inflationsfreie Entwicklung zu sichern. Daher sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung des Wachstumspfades der EU beitragen. Mit der so genannten Lissabon-Agenda hat sich die EU das Ziel gesetzt, zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt zu werden. Um die Ausgangslage und die Effekte der getroffenen Maßnahmen beurteilen zu können, brauchen Europa und seine Entscheidungsträger entsprechende Daten. Hier steht die Amtliche Statistik vor der Herausforderung, die relevanten Informationen zu erstellen, damit der Fortschritt beobachtet werden kann und erforderliche Maßnahmen rechtzeitig gesetzt werden können. Die Zentralbanken messen diesem Prozess große Bedeutung bei.

Die Europäische Union umfasst bereits 25 Mitgliedstaaten, wovon zwölf an der Währungsunion teilnehmen. Für die anderen EU-Staaten läuft der so genannte Konvergenzprozess, an dessen Ende die vollwertige Euro-Mitgliedschaft stehen wird. Bei der Beurteilung der Konvergenzfortschritte spielen die Maastricht-Konvergenzkriterien eine entscheidende Rolle. Um eine Vergleichbarkeit und damit eine Gleichbehandlung aller Länder zu ermöglichen, müssen die entsprechenden Daten über Inflation, Fiskalpolitik, Zinsen und Wechselkurse verlässlich und vergleichbar

sein. Hier sind die jeweiligen nationalen statistischen Ämter und Eurostat gefordert. Die Zentralbanken des Eurosystems beobachten jedenfalls den Grad der statistischen Vorbereitung dieser Länder sehr genau und versuchen, dabei unterstützend zu wirken.

Schließlich ist das Eurosystem auch an verlässlichen Statistiken über die internationale Rolle des Euro interessiert. Die globale Verwendung des Euro – sowohl als Außenhandelswährung als auch als Finanzierungs- und Veranlagungswährung – ist von geld- und währungspolitischer Bedeutung. Insbesondere im Bereich der realwirtschaftlichen Verwendung des Euro, als Fakturierungswährung für grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungshandel, sind die Zentralbanken auf die Amtliche Statistik angewiesen.

Nach den internationalen und den europäischen Anforderungen möchte ich auch noch kurz auf die nationalen Zentralbankwünsche eingehen. Durch die Einführung des Euro ist die österreichische Geldpolitik in der gemeinsamen europäischen Währungspolitik aufgegangen. Die diesbezüglichen statistischen Anforderungen sind nunmehr Teil der Anforderungen des Eurosystems. Andere Bereiche der Wirtschaftspolitik werden aber weiterhin national bestimmt, und die Zentralbank ist dabei ein wichtiger wirtschaftspolitischer Akteur. Sie braucht für die Analyse, die Prognose und auch die Beratung eine solide statistische Basis, die vor allem Informationen der Amtlichen Statistik umfasst.

So brauchen wir für die Erstellung der Zahlungsbilanz als eine Messgröße für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich Daten der Amtlichen Statistik. Auch die Gesamt-

wirtschaftliche Finanzierungsrechnung oder die Wirtschaftsprognosen der OeNB kommen ohne Input der Statistik Austria nicht aus. Für die Beurteilung der Stabilität des Finanzmarktes sind realwirtschaftliche Daten wichtige Bezugsgrößen, wie z. B. die Entwicklung der Einkommen oder der Sparquote.

Die von der Amtlichen Statistik erstellten Daten müssen von hoher Qualität sein. Qualität hat viele Dimensionen, aber auch mehrere Voraussetzungen. Auf die einzelnen Dimensionen der Qualität von Statistiken in diesem Kreis einzugehen, hieße wohl „Eulen nach Athen tragen“. Eine ganz entscheidende Voraussetzung für qualitativ hoch stehende Daten ist die Unabhängigkeit der Statistikproduzenten.

Ich hatte in meiner Rede anlässlich der Tage der Amtlichen Statistik 2002 festgestellt: „Ich bin sicher, dass die Frage der Unabhängigkeit der Statistik für Europa eine ganz zentrale ist und weiter an Bedeutung gewinnen wird.“ Die letzten Monate haben – so glaube ich – meine damalige Einschätzung bestätigt. Daher bin ich auch sehr froh, dass dieser Aspekt im „Code of Practice“ eine ganz prominente Rolle spielt. Die zunehmende politische Bedeutung von Statistiken – wie z. B. im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Defiziten oder im Rahmen des Konvergenzprozesses – bringt es mit sich, dass die für die Erstellung der Daten Verantwortlichen politischem Druck ausgesetzt sein können. Daher ist eine klare Absicherung der methodischen, personellen und auch finanziellen Unabhängigkeit der Amtlichen Statistik von zentraler Bedeutung. Hier könnte das bewährte Modell des ESZB als eine Zukunftsperspektive für das Europäische Statistische System (ESS) dienen.

Unabhängigkeit setzt aber auch eine entsprechende Rechenschaftspflicht voraus. Daher sind die statistischen Ämter gefordert, sowohl ihre Ergebnisse als auch die dahinter liegenden Konzepte in transparenter Weise offen zu legen.

Gute Statistiken sind wertvoll und nicht umsonst. Die Produktion qualitativ hoch stehender und damit verlässlicher Daten erfordert Ressourcen, sowohl bei den Meldern als auch bei den Statistikproduzenten. Daher ist es geboten, möglichst kosteneffizient vorzugehen. Kosten und Nutzen neuer Statistiken müssen immer geprüft, bestehende Statistiken auf ihre weitere Relevanz hin untersucht werden.

Die Zentralbanken bekennen sich daher zur Arbeitsteilung. So erstellt das ESZB nur einen Teil der für die gemeinsame Geldpolitik notwendigen Daten. Für den Großteil der Anforderungen verwendet es Daten von Eurostat. Es wurde eine Kombination aus Spezialisierung und Kooperation vereinbart und durch ein Memorandum of Understanding formalisiert. Parallel dazu wäre es nun wichtig, dass das Europäische Statistische System wirklich als ein System funktioniert und Möglichkeiten der internen Arbeitsteilung offensiv nutzt. Die ersten Ansätze zur Bildung von Centers of Excellence sind zu begrüßen, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, das vorhandene Wissen zu poolen. Das würde nicht nur helfen, Ressourcenengpässe zu überwinden, sondern auch die Qualität der Daten verbessern und Platz für neue Anforderungen schaffen.

Die notwendigen Ressourcen für verlässliche Statistiken zur Verfügung zu stellen, das sind die politischen Entscheidungsträger den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Länder und Europas schuldig. Die Bank für Inter-

nationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat angesichts der weltweiten Tendenzen, gerade in diesem für die Wirtschaftspolitik zentralen Bereich einzusparen, ihre warnende Stimme erhoben. Sie hat es in ihrem 74. Jahresbericht Mitte dieses Jahres so auf den Punkt gebracht: „Kostensenkungen im Zusammenhang mit der Erhebung und Analyse notwendiger Statistiken könnten sich durchaus als Sparen am falschen Ort erweisen.“ Dem ist voll beizupflichten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf die Rolle und das Verständnis der OeNB als Statistikproduzent eingehen. Es ist eine der Kernaufgaben der OeNB, Statistiken, vor allem über den Finanzsektor in Österreich, zu erstellen. Sie sind de facto öffentliche Güter. Die Qualität der Daten spielt daher auch für uns eine ganz besondere Bedeutung und wird zusammen mit den wichtigsten Kunden, der Europäischen Zentralbank und der österreichischen Finanzmarktaufsicht, laufend geprüft. Neben diesen beiden Institutionen gehören wirtschaftspolitische Entscheidungsträger, nationale und internationale Finanzinstitutionen, Analysten und Forscher, Journalisten, Schüler und Studenten sowie die allgemeine Öffentlichkeit zu unseren Kunden. Wir versuchen, mit einem differenzierten Angebot die statistischen Bedürfnisse dieser Gruppen möglichst bedarfsgerecht abzudecken.

Die OeNB definiert ihre Rolle in der Produktion und Verbreitung von Statistiken als das österreichische „Kompetenzzentrum für Finanzstatistik“. Das Mission Statement unserer Hauptabteilung Statistik betont unter anderem, dass wir unseren Kunden Finanzstatistiken von hoher Qualität in leicht zugänglicher Form zur Verfügung stellen und dabei alle nationalen,

europäischen und internationalen Vorgaben erfüllen wollen. Die Erstellung der Daten soll unter Nutzung von Synergien bei möglichst geringer Belastung der Melder erfolgen. Das gerade in Entwicklung befindliche neue Zahlungsbilanz-Erhebungssystem ist nur eines der Beispiele, wie wir das praktisch umsetzen.

Die OeNB ist bei der Produktion von Statistiken in ein Netz von Kooperationen eingebunden. Einerseits gibt es auf europäischer Ebene im ESZB eine von der Satzung des ESZB und der EZB vorgegebene Arbeitsteilung. Demnach werden die statistischen Aufgaben des ESZB „soweit wie möglich von den nationalen Zentralbanken ausgeführt“. Die EZB fördert die Harmonisierung der Bestimmungen. Die Koordination und die Vorbereitung der statistischen Rechtsakte der EZB erfolgt im Rahmen des Statistik-Komitees des ESZB, in dem alle EU-Notenbanken vertreten sind.

Auf nationaler Ebene kooperiert die OeNB sehr eng mit Statistik Austria auf der Basis eines 2002 geschlossenen Kooperationsvertrags. Ziel ist es, sich auf die Statistikgebiete zu konzentrieren, auf denen wir komparativen Vorteil haben, d. h. vor allem die Finanzstatistik. Damit wollen wir Synergien nutzen, eine hohe Qualität der Daten sichern, Doppelgleisigkeiten vermeiden und die Melder entlasten.

Zwei Beispiele für die praktischen Konsequenzen dieser Zusammenarbeit sind einerseits die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung, die – obwohl sie eine EU-Verpflichtung Österreichs und damit von Statistik Austria wäre – zur Gänze von der OeNB erstellt wird und andererseits das bereits erwähnte künftige Zahlungsbilanz-Erhebungssystem, in dem die Daten über Waren und

Dienstleistungen von Statistik Austria erhoben werden.

Unabhängigkeit ist für eine Zentralbank in Europa eine Selbstverständlichkeit, abgesichert durch nationale und europäische Rechtsakte. Sie bezieht sich nicht nur auf die geldpolitische Rolle, sondern auch auf die Produktion von Statistiken.

Die OeNB misst aber nicht nur der Produktion qualitativ hoch stehender Statistiken eine große Bedeutung zu, sondern auch der Veröffentlichung und dem Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu diesen Informationen – ganz im Sinne der Transparenz und Verantwortlichkeit. Die effektive und kundengruppengerechte Kommunikation ist ein zentrales Element qualitativer statistischer Arbeit. Daher hat die OeNB z. B. im letzten Jahr ihr Internet-Angebot völlig neu überarbeitet, erweitert und kundenfreundlicher gestaltet. Gleichzeitig wurde mit der neuen Papierpublikation „STATISTIKEN – Daten & Analysen“ ein qualitativer Quantensprung gemacht. Beide Informationsinitiativen sind laut unseren Kundenbefragungen sehr gut angekommen. Auch die vor wenigen Jahren etablierte Statistik-Hotline der OeNB erfreut sich stark steigender Beliebtheit. Ich lade Sie alle ein, unsere Produkte in Anspruch zu nehmen.

Die Wirtschaft und ihre Strukturen sind einem ständigen, sich beschleunigenden Wandel unterworfen. Es gilt dabei Joseph Schumpeters Bild der „kreativen Zerstörung“. Die laufend entstehenden neuen Formen müssen aber statistisch erfasst und begleitet werden. Nur so kann die Wirtschaftspolitik eine solide Entschei-

dungsbasis haben. Die Amtliche Statistik hat die Aufgabe und Verantwortung, solche neuen Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und in ihre statistischen Konzepte einzubeziehen.

Eine sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft braucht daher auch ein sich dynamisch entwickelndes Statistikangebot, eine dynamische Amtliche Statistik. Gleichzeitig muss auch die Qualität der Daten in diesem sich ständig ändernden Umfeld nachhaltig gesichert werden. Eine keineswegs triviale Herausforderung, die nur durch adäquate Ressourcen und durch innovative Kooperationen gemeistert werden kann. Dabei darf aber von den Kunden der Amtlichen Statistik niemals vergessen werden, dass volkswirtschaftliche Statistiken nicht mit einer Notenbankbuchhaltung verglichen werden können. Sie können immer nur versuchen, sehr komplexe und immer komplexer werdende wirtschaftliche Tatbestände näherungsweise abzubilden.

„Amtliche Statistik stellt“, so schreibt der deutsche Statistische Beirat, „in einem demokratischen Staat eine allgemein zugängliche Informationsquelle zur Verfügung. Damit sie ihren Auftrag erfüllen kann, ist die Amtliche Statistik kontinuierlich an gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen sowie an wissenschaftliche Erfordernisse anzupassen. Sowohl das Erhebungsprogramm als auch die Qualität und die Veröffentlichungen der Informationen müssen sich an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren.“

Das sollte auch aus Zentralbankensicht die künftige Ausrichtung der Amtlichen Statistik sein.